



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Uruguay 2024

Es gab weiterhin Einschränkungen der Meinungsfreiheit und beim Zugang zu öffentlichen Informationen, die zu Bedenken bezüglich der Transparenz des Staates führten. Die Gefängnisse waren weiterhin stark überfüllt, was oft zu unmenschlichen Haftbedingungen führte. Die Sterberaten in den Gefängnissen waren hoch.

Militärangehörige wurden wegen Straftaten, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellten und während des zivil-militärischen Regimes (1973-1985) begangen wurden, strafrechtlich verfolgt, aber es gab keine Fortschritte bei den Ermittlungen zu erzwungenem Verschwindenlassen unter dem Regime.

Inhumane Haftbedingungen

Die Überbelegung des Strafvollzugssystems hielt im Jahr 2024 an. Nach Informationen, die vom Büro des Parlamentsbeauftragten für den Strafvollzug bereitgestellt wurden, stieg die Zahl der Gefängnisinsassen stetig an und erreichte die Zahl von 16.266 Inhaftierten im November, 14.923 Männer und 1.343 Frauen. Des Weiteren waren 70 Kinder unter vier Jahren mit ihren Müttern in Haft.

Im Jahr 2024 starben 54 Häftlinge in Haft, 33 von ihnen durch gewalttätige Morde, 18 aufgrund von natürlichen Todesursachen, und wegen dreier Todesfälle wurde ermittelt. Zivilgesellschaftliche Organisationen äußerten Bedenken hinsichtlich der sich verschlechternden und unhygienischen Haftbedingungen wie zum Beispiel Überbelegung, und wegen der negativen Auswirkungen auf das Recht auf Gesundheit von Menschen, denen die Freiheit entzogen wurde.

Straffreiheit

Im Jahr 2024 gab es fünf Verurteilungen, fünf Anklagen und fünf Bestätigungen gegen aktive oder pensionierte Angehörige des Militärs und der Polizei wegen Folter, Entführung und Tötung, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit

darstellten und die unter dem zivil-militärischen Regime (1973-1985) begangen wurden. Es gab jedoch keine wesentlichen Fortschritte bei der Aufklärung des Schicksals derjenigen, die unter dem Regime gewaltsam verschwunden sind.

Die sterblichen Überreste von Amelia Sanjurjo und Luis Eduardo Arigón, zwei politischen Aktivist/innen, die während der Zeit des Militärregimes verschleppt wurden und verschwanden, wurden im Mai bzw. im September identifiziert.

<https://www.amnesty.org/en/location/americas/south-america/uruguay/report-uruguay/>